



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Antrag Nr. 1

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 166. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 25. Mai 2016

ARBEITSLOSIGKEIT SENKEN: WIR BRAUCHEN KURSWECHSEL IN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK UND EINKLANG VON ANGEBOT UND NACHFRAGE BEI ARBEITSKRÄFTEN

Sinkende Investitionsquote

Die anhaltende Stagnation der Wirtschaft der Eurozone, die wesentlich durch ungünstige Absatzerwartungen der Unternehmen und ungenügende Einkommensausweitung der privaten Haushalte bestimmt ist, kann nur durch einen expansiven Konjunkturimpuls in Form einer koordinierten Ausweitung der öffentlichen Investitionen überwunden werden. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen hierfür sind günstig: Einerseits ist der Bedarf im Ausbau der Energienetze, der Infrastruktur für Elektromobilität, des öffentlichen Verkehrs, des sozialen Wohnbaus uvam sehr groß, andererseits ist das Zinsniveau für öffentliche Anleihen so niedrig wie selten zuvor. Daher sind die Voraussetzungen für Investitionen aktuell besonders günstig und sollten entsprechend genutzt werden.

Investitionen bilden den Motor für die konjunkturelle Entwicklung. Ihre zentralen Bestimmungsfaktoren sind die Absatzerwartungen der Unternehmen, die schwer zu beeinflussen sind. Im EU-Vergleich liegt die Investitionsquote mit 22,4 % des Bruttoinlandsprodukts zwar noch relativ hoch, aber seit 1995 (25,4 %) bedeutet dies einen Rückgang um 3 Prozentpunkte.

Die Goldene Investitionsregel, die die Kreditfinanzierung langfristig wirkender Infrastrukturinvestitionen ermöglicht, sollte einen Kurswechsel der Wirtschaftspolitik markieren und einen expansiven Impuls zu mehr Wachstum und einer positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bilden.

Anstieg des Arbeitskräfteangebots durch Zuwanderung, die zunehmende Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und Anhebung des Pensionsantrittsalters

Gleichzeitig mit einer sinkenden Investitionsquote und den damit verbundenen Wachstumsschwächen ist das Arbeitskräfteangebot Österreichs in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Gegenüber dem Vorkrisenjahr 2008 hatte sich das Arbeitskräfteangebot um 288.000 oder 8 % erhöht. Bei den Absolutwerten entfiel etwas mehr als die Hälfte des Anstiegs auf die Zunahme der Beschäftigung (+146.000) und die zweite Hälfte drückt sich im Anstieg der Arbeitslosigkeit aus (+142.000). Das **Arbeitsangebot von Frauen** stieg mit 148.600 etwas stärker als jenes der Männer.

Ziel ist, die **Frauenbeschäftigungsquote weiter anzuheben**, was zu einer weiteren Steigerung des Arbeitskräfteangebots beitragen wird.

Durch die Anhebung des Pensionsantrittsalters und das Ziel, auch die **Beschäftigungsquote Älterer zu steigern**, wird ein zusätzlicher Anstieg des Arbeitskräfteangebots erfolgen.



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Über den gesamten Zeitraum seit 2008 betrachtet, ist das inländische Arbeitskräfteangebot um 51.500 gestiegen, während die Beschäftigung um 32.400 unter dem Vorkrisenniveau lag. Daraus ergibt sich ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um 83.900 oder 48,2 %. Die Arbeitslosenquote der InländerInnen, nach traditioneller österreichischer Methode, stieg von 5,6 % auf 8,1 %.

Über denselben Zeitraum stieg die AusländerInnenbeschäftigung um 178.600 (+40,9 %) und das ausländische Arbeitskräfteangebot um 236.800 (+49,8 %). Dadurch stieg die Zahl der ausländischen Arbeitslosen um 58.200 (+152 %). Die Arbeitslosenquote der AusländerInnen stieg in Österreich von 8,0 % im Jahr 2008 auf 13,5 % im Jahr 2015. Prozentuell gesehen ist somit die Arbeitslosigkeit bei den AusländerInnen in Österreich stärker gestiegen als bei den InländerInnen, aber in absoluten Zahlen entfielen knapp 60 % der Zunahme an Arbeitslosen auf InländerInnen.

Von den gegenüber 2008 zusätzlich beschäftigten AusländerInnen kommt mit 170.000 die überwiegende Zahl aus der EU, 30.000 aus den alten EU-Ländern, wobei Deutschland mit +18.000 und Italien mit +5.700 die zahlenmäßig bedeutendsten Herkunftsländer sind. Aus den neuen Mitgliedsländern kommen 140.000 zusätzliche Beschäftigte, mit 50.000 UngarInnen als größte Gruppe.

Vergleich mit Deutschland – Angebot in Österreich wesentlich dynamischer

Bei ähnlicher Entwicklung der Beschäftigung bestimmen die großen Unterschiede im Arbeitskräfteangebot die Dynamik der Arbeitslosigkeit zwischen beiden Ländern. In den letzten zehn Jahren kam es in Österreich zu einem markanten Anstieg des Arbeitskräfteangebots. 2014 lag es um 12,5 % höher als 2004. Demgegenüber war das Arbeitskräfteangebot in Deutschland stabil, erst seit Verschärfung der Eurokrise im Jahr 2011 stieg es leicht an; 2014 lag es um 4,4 % über dem Niveau des Jahres 2004.

Österreich hatte seit 2004 einen deutlich stärkeren Beschäftigungsanstieg als Deutschland zu verzeichnen; allerdings waren die Zuwächse in Deutschland seit 2011 etwas stärker als bei uns. Gegenüber 2004 stieg die Beschäftigung in Österreich um 12,7 % und in Deutschland um 11,1 %.

Die Rezession 2001/02 und die Hartz-Reformen führten in Deutschland in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts zu einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Seit 2005 geht die Arbeitslosenquote markant zurück, sie fiel 2013 erstmals unter das österreichische Niveau. In Österreich traten ab dem Jahr 2011 wachsende Schwierigkeiten auf, das stark steigende Angebot in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Seither steigt die österreichische Arbeitslosenquote kontinuierlich an.

Die Nettozuwanderung steigt in Österreich kräftig. Sie erhöhte sich von durchschnittlich 20.000 auf zuletzt knapp 48.000 im Jahr 2013. Deutschland war bis 2008 von einer starken Nettoabwanderung geprägt. Erst im Verlauf der Eurokrise kam es wieder zu einer Nettozuwanderung.

Entwicklung in anderen europäischen Ländern

Die Entwicklung in Schweden ist am ehesten mit jener in Österreich vergleichbar, dort ist die Nettozuwanderung mit Jahreswerten zwischen 45.000 und 65.000 sogar noch höher als bei uns. Hingegen war die Zuwanderung in Finnland, Dänemark, den Niederlanden und Frankreich schwach. Italien weist stark rückläufige Einwanderungs- und steigende Auswanderungszahlen auf. In Spanien gewinnt die Nettoauswanderung seit 2010 markant an Dynamik.



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Österreich nimmt im europäischen Vergleich eine besondere Position ein. Das Arbeitskräfteangebot ist in den vergangenen Jahren besonders stark gestiegen.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher:

Durch einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik und die Goldene Investitionsregel sollen neue Wachstumsimpulse für die Wirtschaft gesetzt und dadurch zu einem Sinken der Arbeitslosenzahlen beigetragen werden.

Durch eine wirkungsvolle Arbeitszeitreduktion und durch umfassende Investitionen im Bereich der Aus- und Weiterbildung soll eine Reduktion des Arbeitskräfteangebots von 65.000 Vollzeit-äquivalenten (VZÄ) erreicht werden.

Der Umsetzungsplan soll insgesamt jedenfalls folgende Maßnahmen enthalten:

- **Koordinierte Ausweitung der öffentlichen Investitionen in der Eurozone und insbesondere auch in Österreich** im Sinne eines expansiven Impulses, wie ihn auch OECD und IWF vorschlagen.
- **Investitionen sind in Bereichen mit positiven volkswirtschaftlichen Renditen zu setzen**, vor allem in den Bereichen Elektromobilität, Energienetze, öffentlicher Verkehr, der sozialen Infrastruktur wie etwa dem sozialen Wohnbau, Gesundheit und Bildung uvam. Die Zinskosten sind so niedrig wie nie, selten gab es geeignetere Momente zum Investieren.
- **Der EU-Stabilitätspakt**, der diesen Maßnahmen aktuell entgegensteht, muss rasch flexibilisiert werden (goldene Investitionsregel).
- **Reduktion der Arbeitszeit (Rückgang des Arbeitskräfteangebots um 30.000 VZÄ):**
 - **Überstundenreduktion durch stärkere Kontrollen und Strafen.**
 - **Überstundenreduktion durch Verringerung der Attraktivität für ArbeitgeberInnen** („Überstundeneuro“, Duplum-Pflicht bei unbezahlten Überstunden).
 - **Ausbau der Freizeitrechte der ArbeitnehmerInnen:** individuelle Rechtsansprüche auf Teilzeit, Freizeitoptionen, Sabbaticals in Kollektivverträgen, Rechtsansprüche auf Bildungszeit, betriebliche Modelle auf verkürzte Arbeitszeit (Durchsetzbarkeit auf Betriebsebene; öffentlicher Dienst: kostenneutrale Nachbesetzung).
 - **Generelle Arbeitszeitverkürzung:** wöchentliche Arbeitszeit, Verlängerung des gesetzlichen Urlaubsanspruchs, Verkürzung der Lebensarbeitszeit: Ausdehnung von Ausbildungszeiten.
- **Bildungsmaßnahmen für 70.000 Personen reduzieren das Arbeitskräfteangebot um 35.000:**
 - **Qualifizierungsstipendium neu:** Zusammenführung und Ausbau von Fachkräftestipendium, Bildungskarenz, Bildungsteilzeit zu neuer Leistung: 40.000 Personen wären davon betroffen.
 - **Ausbau Fachhochschulen:** 10.000 Personen betroffen.
 - **Ausbildung bis 18:** 3.000 Personen betroffen.
 - **Bildungspflicht statt Schulpflicht** (ergibt zusätzliches Schuljahr): 18.000 Personen betroffen.

Kosten: Bei Gegenrechnung von entfallenen Leistungen wie Arbeitslosengeld oder Weiterbildungsgeld verbleibt ein Zusatzaufwand von ca 400 Mio Euro.



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Darüber hinaus bekräftigt die Vollversammlung der AK ihr Bekenntnis zum freien Hochschulzugang und fordert, dass das künftige Modell einer Studienplatzfinanzierung an Universitäten eine ausreichende Zahl an Studienplätzen vorsieht.

- **Druck auf die EU-Politik** in Richtung Wachstumsorientierung, indem Binnennachfrage und Investitionen sowie aktive und offensive Beschäftigungspolitik insbesondere in den Herkunftsländern der Einwanderung den Druck zur Auswanderung mildern. Dazu gehört auch die Förderung öffentlicher Investitionen durch die Einführung der goldenen Investitionsregel.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig